

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet Beigeordneten Prümm, über das Ergebnis der Vorberatung in der vorangegangenen Sitzung des Fachbereichsausschusses IV zu informieren.

Beigeordneter Prümm berichtet, nachdem die Angelegenheit am 10.05.2016 im Fachbereichsausschuss IV vorberaten wurde, sei von Rm Knopp (CDU) ein 8-Punkte-Programm zur Verfügung gestellt worden. Dieses sei von Seiten der Verwaltung geprüft und Anregungen seien berücksichtigt worden. Einige Punkte hätten jedoch nicht berücksichtigt werden können, weil sonst unter Umständen entsprechende Förderungen weggefallen wären oder dem Regelwerk der Technik nicht entsprachen. Aus diesem Grund sei die Angelegenheit am 19.05.2016 noch mal in einer Sondersitzung des Fachbereichsausschusses IV vorberaten worden mit einem Ergebnis von 10 JA-Stimmen, einer Stimmenthaltung und 7 Gegenstimmen.

Rm Knopp (CDU) betont, wie wichtig dieses Förderprogramm für Neuendorf sei. Allerdings habe man sich schon damals vorbehalten, über alle vorgeschlagenen Maßnahmen einzeln zu entscheiden und diese konstruktiv zu begleiten. Bei einer Vorstellung des in Rede stehenden Teilprojekts im Rahmen einer Bürgerversammlung hätten sich die Anwohnerinnen und Anwohner mehrheitlich gegen die so geplante Maßnahme ausgesprochen und unterbreiteten Änderungswünsche. Die CDU-Fraktion habe versucht, diese Forderungen der Anwohnerinnen und Anwohner im Hinblick auf die Gestaltung des Wallersheimer Weg in die Maßnahme einfließen zu lassen und die Verwaltung dazu zu bewegen, diesen Forderungen Rechnung zu tragen. Wolle man eine höhere Sicherheit für Radfahrer erreichen, könne man dies unter bestehen bleiben der jetzigen Radwegführung und eines expliziten Erlaubens über das Befahren der Fahrbahn für geübte Radfahrer ohne weiteres tun. Darüber hinaus sehe man die Schaffung einer sicheren Querungsmöglichkeit in Form einer Ampelanlage bzw. eines Zebrastreifens für absolut notwendig an, da sich Grundschulen in Wallersheim und Neuendorf sowie einige Kindergärten auf der östlichen Seite des Wallersheimer Weges befinden. Im weiteren Verlauf macht er weitere Ausführungen zu den Defiziten im Zusammenhang mit der bevorstehenden Planung und den nicht erfüllten Forderungen der Anwohnerinnen und Anwohner. Die CDU-Fraktion sehe somit keine Möglichkeit, dem Beschluss mit der unveränderten und durch die Anwohnerinnen und Anwohner bereits abgelehnten Planung zuzustimmen.

Rm Wefelscheid (BIZ) argumentiert, dass die aktuelle Planung im Hinblick auf die Radverkehrswegeplanung die BIZ-Fraktion nicht überzeugen könne. Grund hierfür seien juristische Probleme, da es keine Haftpflichtversicherungspflicht für Radfahrer gebe. Daher halte es die BIZ-Fraktion für nicht sinnvoll, dass der Radverkehrsteilnehmer auf die Straße geführt wird.

Rm Schupp (FDP) berichtet, insbesondere mit Blick auf die anstehende Förderung des Projekts, über die Wichtigkeit eines zeitnahen Maßnahmenbeginns und sagt, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann macht Ausführungen zur Wichtigkeit und Dringlichkeit, die es notwendig machen würden, dem Teilprojekt „Straßenbaumaßnahme Wallersheimer Weg“ im Sinne der vorgelegten Beschlussvorlage der Verwaltung zuzustimmen.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) stimmt ihren Vorrednern zu und führt weiter aus, dass der Straßenausbau des Wallersheimer Weges ein wichtiger Bestandteil des integrierten Stadteilkonzeptes sei und dass dies dazu geführt habe, dass dieses Teilprojekt gefördert werde. Ihre Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Rm Baum (FBG) sagt, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen werde. Seine Fraktion sehe das geplante Vorhaben als ein Pilotprojekt für eine radverkehrsfreundliche Stadt

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer stellt einige Fragen zu der durchgeführten Bürgerversammlung und dem Umgang mit den daraus hervorgebrachten Änderungswünschen der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner.

Beigeordneter Prümm führt zur Bürgerversammlung aus, dass diese von ca. 40 Bürgern besucht worden sei und sich davon 20-25 gegen die Maßnahme ausgesprochen hätten. Jedoch seien sie nicht gegen die Maßnahme als Maßnahme, sondern lediglich gegen die Erhebung von Ausbaubeiträgen. Auf der Grundlage des Protokolls dieser Bürgerversammlung könne er feststellen, dass die Verwaltung ausführlich und intensiv über die geplante Maßnahme unterrichtet hatte, Bedenken seien nicht geäußert worden.

Rm Knopp (CDU) begründet und argumentiert, dass er und seine Fraktion die Ausführungen des Beigeordneten Prümm nicht teilen können.